

AUSGABE 3 | 2025

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

43. HAUPTVERSAMMLUNG DES DEUTSCHEN STÄDTETAGES IN HANNOVER

Städte brauchen schnelle Lösungen
für Zukunftsfähigkeit

Pressekonferenz zum Auftakt:
Konnexitätsprinzip auch für den Bund

Den Menschen Sicherheit geben

Foren zu kommunalen Fragen

Neue Städtetagspitze und
Ehrenmitglied gewählt

Rede des Ministerpräsidenten
Stephan Weil

Exkursionen in der Landeshauptstadt
Hannover

Der Kompromiss als Betriebssystem
der Demokratie

Künstliche Intelligenz: Städte
präsentieren innovative Projekte

Hannoversche Erklärung
verabschiedet

PERSONALIEN



Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Amtszeit der neuen Bundesregierung ist schon jetzt geprägt von vielen internationalen Herausforderungen: der Krieg gegen die Ukraine, das Erstarken von Autokratien weltweit und eine fehlende Verlässlichkeit in den transatlantischen Beziehungen. Vor ihrer wahrscheinlich größten Herausforderung steht die neue Bundesregierung aber hier in Deutschland. Die kommenden Jahre werden entscheidend dafür, ob es gelingt, das Vertrauen der Menschen in den Staat und in die Demokratie wieder zu stärken. Verschiedene Studien zeigen immer wieder: Die Gesellschaft ist gespalten wie selten zuvor. Nur noch rund die Hälfte der Menschen sagt, sie sei zufrieden mit der Demokratie.

Das verlorengegangene Vertrauen müssen wir zurückgewinnen – und zwar alle Ebenen gemeinsam: Bund, Länder und Kommunen. Das geht nur mit einer Politik, bei der die Menschen sehen, dass sie ihr konkretes Lebensumfeld verbessert – vor ihrer Haustür, bei uns in den Städten. Politik wird für die Menschen vor Ort sichtbar und spürbar, nicht auf Landes- oder Bundesebene. Deshalb ist es kein Selbstzweck wenn wir sagen: Die kommunale Expertise muss gehört werden, sie muss einbezogen werden von Bund und Ländern, und zwar auf Augenhöhe. Die Bundesregierung hat mit ihrem angekündigten Zukunftspakt von Bund, Ländern und Kommunen den richtigen Ansatz. Wichtig ist jetzt, dass wir nicht zwei Jahre über gemeinsame Papiere diskutieren. Wir müssen ins Handeln kommen.

© Michael Bader



**„Städte für die Menschen,
Städte mit Zusammenhalt
und Städte mit Zukunft und
Gestaltungsmacht. Das ist
das Ziel.“**

Dazu gehört auch, dass Bürokratie abgebaut wird, Gesetze praxisnah werden und so die Prozesse bei uns vor Ort effektiver werden können – weniger Detailvorgaben, mehr Vertrauen von Bund und Ländern in die Städte ist das Stichwort. Unsere Prozesse müssen einfacher werden, schneller, universeller. Die Menschen müssen sehen, dass es grundsätzlich funktioniert und vorangeht. Wir dürfen nicht jeden Einzelfall regeln wollen, sondern müssen das Große und Ganze gestalten.

Und ja, das hat dann unbedingt auch mit den Kommunal финанzen zu tun. So prekär, wie die Situation unserer Haushalte ist, darf es nicht bleiben. Wenn die Räte und die Verwaltungen vor Ort oft de facto kaum noch etwas entscheiden und weiterentwickeln können, weil fast jeder finanzielle Spielraum fehlt, dann sorgt das nur noch für Verdross – bei den kommunalpolitisch Aktiven ebenso wie bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Viele Städte können kaum noch freiwillige Aufgaben finanzieren. Dabei leitet der Begriff „freiwillige Aufgaben“ eigentlich in die Irre: Kultur, Sport, städtische Angebote, in denen sich bürgerschaftliches Engagement entfalten kann, all das ist kein „Nice to have“. Es macht die Städte zu dem, was sie sein sollen: Städte für die Menschen, Städte mit

Zusammenhalt und Städte mit Zukunft und Gestaltungsmacht. Das ist das Ziel. Da müssen wir in den kommenden Jahren wieder hinkommen.

Burkhard Jung
Präsident des Deutschen Städtetages

TITELFOTO

43. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Hannover

Das Foto zeigt Delegierte im Moment der Stimmabgabe bei der Wahl zum Präsidium des Deutschen Städtetages auf der 43. Hauptversammlung in der Landeshauptstadt Hannover. Die Stimmung ist konzentriert und engagiert – jede Stimme zählt. Im Hintergrund prangt das Motto „Zusammen sind wir Stadt“. Es ist ein Bekenntnis zum kommunalen Zusammenhalt.

(alle Fotos sofern nicht anders gekennzeichnet: Helge Krückeberg)

Hauptversammlung: Städte brauchen schnelle Lösungen für Zukunftsfähigkeit

Die dramatische Finanzlage vieler Städte, Bürokratieabbau, die stärkere Beteiligung der Kommunen an Gesetzgebungsprozessen, bessere Bildungschancen sowie nachhaltige Mobilität – diese und viele weitere zentrale Herausforderungen standen im Mittelpunkt der 43. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages, die vom 13. bis 15. Mai in Hannover stattfand.

Rund 1.500 Delegierte und Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet waren dafür unter dem Motto „Zusammen sind wir Stadt“ auf der Messe Hannover zusammengekommen. Teil des Auftakts waren ein Grußwort von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, gefolgt von einer eindrucksvollen Präsentation der gastgebenden Landeshauptstadt und Willkommensworten von Oberbürgermeister Belit Onay.

Grußwort Bundespräsident

In seinem auf einem Großbildschirm eingespielten Grußwort betonte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Bedeutung der Kommunen für die Demokratie: „In den Städten ent-

scheidet sich, ob die Menschen Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Staates haben.“ Gerade angesichts großer gesellschaftlicher Umbrüche sei die kommunale Ebene zentral für das Gelingen von Energiewende, Digitalisierung und sozialer Sicherheit.

Steinmeier warnte eindringlich vor den Folgen einer Überlastung der Kommunen. Steigende Sozialausgaben, zunehmende Bürokratie und zusätzliche Aufgaben ohne gesicherte Finanzierung würden vielerorts zur Verwaltung des Mangels führen. Das gefährde nicht nur die kommunale Selbstverwaltung, sondern auch das Vertrauen in die Demokratie.

Er forderte eine stärkere Einbindung der Städte in politische Entscheidungsprozesse sowie verbindliche Regeln: „Bund und Länder dürfen den Kommunen keine Aufgaben übertragen, ohne deren Finanzierung zu sichern.“ Er verwies auf die von ihm unterstützte Initiative für einen handlungsfähigen Staat, die hier wichtige Impulse setze.

Mit Blick auf die neue Bundesregierung zeigte sich Steinmeier zuversichtlich. Diese habe sich vorgenommen, kommunale Belange künftig stärker zu berücksichtigen – etwa bei der Altschuldenfrage, der Gesetzgebung oder der Staatsmodernisierung. Zum Abschluss würdigte der Bundespräsident das Engagement der Delegierten und dankte ihnen für ihren Einsatz in Städten und Verwaltungen.

Hannover-Präsentation

Einen stimmungsvollen Auftakt bot die Stadt Hannover selbst. Mit einer Bühnenshow präsentierten die Gastgeber, was Hannover als Kulturstadt ausmacht. Schnelle Beats

„In den Städten entscheidet sich, ob die Menschen Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Staates haben.“

Frank-Walter Steinmeier,
Bundespräsident



eines DJs mischten sich mit Chorgesang, klassischer Musik, Tanz und Songs der Hannoverschen Originale Ossy Pfeiffer und Anca Graterol. Mit dabei auch: Spieler der Hannoverschen Handballmannschaft „Die Recken“ vom TSV Hannover-Burgdorf sowie zwei Hannoveraner Pferde aus der in der Gastgeberstadt Hannover ansässigen Polizeistaffel. Nach diesem mitreißenden Start begrüßte Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay die Delegierten.

Begrüßungsrede OB Onay

In seiner Rede hob Belit Onay die Rolle der Städte als Orte der gelebten Demokratie hervor. Demokratie müsse verteidigt und aktiv gestaltet werden – nicht nur gegen äußere Bedrohungen, sondern auch gegen innere Erosion. Mit Blick auf internationale Entwicklungen zeigte sich Onay besorgt über die Lage in der Türkei.

Der ursprünglich zur Teilnahme angekündigte Istanbuler Oberbürgermeister Ekrem İmamoğlu war im März verhaftet und seines Amtes enthoben worden. Onay sicherte ihm und anderen verfolgten türkischen Kommunalpolitikerinnen und -politikern die Solidarität der deutschen Städte zu. Die Delegierten erhoben sich zu Standing Ovations – ein starkes Zeichen für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und kommunale Demokratie. Zum Abschluss seiner Rede appellierte Onay an die Delegierten, den Glauben an die Demokratie zu bewahren und zu stärken: „Mit Augenmaß, Respekt und Verbindlichkeit miteinander umgehen – das ist die Grundlage für starke Städte und ein starkes Land.“

Pressekonferenz zum Auftakt: Konnexitätsprinzip auch für den Bund

Die Städte sehen sich aktuell mit der schwersten Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik konfrontiert, betonte zur Auftakt-Presskonferenz der Hauptversammlung am 13. Mai der zu diesem Zeitpunkt noch amtierende Städtetagspräsident Oberbürgermeister Markus Lewe und konkretisierte: Im vergangenen Jahr habe sich das Defizit der kommunalen Haushalte auf rund 25 Milliarden Euro belaufen – mit weiteren zweistelligen Milliardendefiziten sei auch 2025 zu rechnen. Damit gerate die Handlungsfähigkeit der Städte in Gefahr.

Auskömmliche Finanzausstattung

Für den Deutschen Städtetag forderte Lewe einen höheren Anteil der Städte an den Gemeinschaftssteuern. Außerdem dürften von Bund und Ländern keine neuen Aufgaben

übertragen werden, ohne dass es dafür eine vollständige Gegenfinanzierung gebe. Und nicht zuletzt sei es nötig, dass Bund und Länder die Einnahmeausfälle vollständig kompensieren, die den Städten infolge von Steuererleichterungen verloren gingen.

Von Lewe ausdrücklich begrüßt wurde der von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag angekündigte Zukunftspakt von Bund, Ländern und Kommunen. Lewe betonte, dass die Städte und der Deutsche Städtetag bereit seien, daran mitzuarbeiten und sich kraftvoll einzubringen und fügte an: „Noch in diesem Jahr sollte es da erste spürbare Ergebnisse geben.“

Lewe betonte, dass es für die anstehenden Veränderungen ebenso Mut brauche wie den Willen zum gemeinsamen Arbeiten: „Nur



Auftakt-Presskonferenz am 13. Mai mit OB Markus Lewe, scheidender Städtetagspräsident, OB Burkhard Jung, zu der Zeit amtierender Vizepräsident des Deutschen Städtetages (1.v.l.); OBin Katja Dörner, Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages (2.v.l.); OB Belit Onay, Landeshauptstadt Hannover (2.v.r.) und Stefan Hahn, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages (1.v.r.)



„Nur zusammen im vertrauensvollen Miteinander von Bund, Ländern und Städten können wir der Gesellschaft Halt und Perspektive geben.“

Markus Lewe,
Präsident des Deutschen Städtetages und
Oberbürgermeister der Stadt Münster

zusammen im vertrauensvollen Miteinander von Bund, Ländern und Städten können wir der Gesellschaft Halt und Perspektive geben.“

Bürokratie abbauen, Bildung verbessern

Im geplanten Sondervermögen des Bundes und in der Reform der Schuldenbremse liegen laut neuem Städtetagspräsidenten Burkhard Jung neue Chancen für sehr effiziente Mittelzuweisungen an die Städte. „Diese Möglichkeiten müssen Bund und Länder jetzt auch ausschöpfen“, betonte er während der Auftaktpressekonferenz und ergänzte, dass jetzt die Länder am Zug seien, mit ihren Kommunen gemeinsam praxisnahe Verteilmechanismen zu finden und auch strukturelle Merkmale wie Arbeitslosenquote oder Investitionsbedarf zu berücksichtigen. „Wir sagen, bitte keine komplizierten Förderprogramme, sondern am besten feste Budgets für die Städte mit großen Entscheidungsspielräumen vor Ort.“

Damit Investitionen zügig umgesetzt werden können, sollte zudem ein Paket zum Bürokratieabbau und zur Verfahrensbeschleunigung folgen. Gerade im Bildungsbereich gebe es dringenden Handlungsbedarf: „Es ist gut, dass jetzt der Digitalpakt 2.0 für die Schulen kommen soll. Aber digitale Bildung ist eine Daueraufgabe und

braucht eine dauerhafte Finanzierung durch die Länder.“ Positiv sehen die Städte die Fortführung des Startchancen-Programms sowie das angekündigte Schulsanierungsprogramm. „Diesen Ankündigungen im Koalitionsvertrag müssen konkrete Umsetzungspläne folgen“, so Jung weiter.

Nachhaltige Mobilität

Auch bei der Mobilität forderten die Städte mehr Unterstützung und Spielräume. Vizepräsidentin Katja Dörner unterstrich die Bedeutung einer modernen und nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur für soziale Teilhabe und den Zusammenhalt in den Städten und forderte deshalb einen Modernisierungspakt für den ÖPNV, den Ausbau der Fördermittel sowie mehr rechtliche Spielräume, etwa bei Tempolimits und Mischverkehrsflächen:

„Die Menschen wollen sich gut, schnell, sicher und nicht zuletzt bezahlbar in den Städten bewegen können. Eine verlässliche Verkehrsinfrastruktur ermöglicht Begegnungen. Dafür brauchen wir attraktive Verbindungen mit Bussen und Bahnen, gute Rad- und Fußwege und der Autoverkehr soll so umwelt- und stadtverträglich wie möglich werden.“

Den Menschen Sicherheit geben



Bei seiner letzten Rede als Präsident des Deutschen Städtetages setzte Markus Lewe, Oberbürgermeister von Münster, auf der Hauptversammlung am 14. Mai einen klaren Schwerpunkt: Es müsse in den kommenden Jahren darum gehen, den Menschen durch gute kommunale Politik Sicherheit zu geben. „Wer sich vor Ort aufgehoben fühlt, der blickt auch zuversichtlich auf globale Veränderungen“, so Lewe.

Lewe blickte dabei auf verschiedene Politikfelder, bei denen die Städte aktuell vor besonders großen Herausforderungen stehen. Zum Beispiel beim Thema Wohnen: „Das eigene Zuhause ist ein Rückzugsort, in dem sich jeder geschützt und geborgen fühlen möchte. Das eigene Zuhause ist Ausgangspunkt für das Vertrauen in die eigene Lebensperspektive und damit für alles, was daraus folgt: Familie, Freundschaften und gesellschaftliche Teilhabe. Aber auch Ausbildung, Studium und Beruf“, sagte der scheidende Städtetagspräsident. Unsicherheit beim Wohnen hingegen erschüttere das Vertrauen auf ein gutes Leben. Wohnen sei ein existenzielles Grundbedürfnis.

„Was wir aber derzeit erleben, macht viele Menschen unsicher“, so Lewe. „Wohnen ist teuer geworden. Extrem teuer. Wenn die Miete in der Stadt Menschen finanziell an die Grenzen bringt, dann haben wir ein Problem.“

Wohnen muss wieder bezahlbar werden – sowohl im Eigentum als auch zur Miete“. Lewe richtete deshalb klare Forderungen auch an die Bundesebene. Es müsse an mehreren Stellschrauben gedreht werden: „Einerseits mehr zielgerichtete Förderung für Neubau. Und auch mehr Modernisierung im Gebäudebestand. Und andererseits wirksame Instrumente gegen explodierende Mieten.“

Die neue Bundesregierung habe in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, den sozialen Wohnungsbau anzukurbeln und einen Investitionsfonds für den Wohnungsbau aufzulegen. „Wir sagen: gut so. Dazu muss dann aber auch gehören, dass endlich die Novelle des Baugesetzbuches kommt. Denn für mehr Wohnungsbau brauchen wir nicht nur mehr Geld, sondern endlich auch einfachere Prozesse“, so Lewe.

Was den Menschen Sicherheit gebe, habe außerdem viel mit sozialer Sicherheit zu tun, sagte der Oberbürgermeister von Münster auf der Hauptversammlung: „Soziale Sicherheit garantiert Teilhabe an der Stadtgesellschaft. Ohne soziale Sicherheit kein Gemeinwohl. Denn gemeinwohlorientierte Politik ist immer Politik für alle Menschen in der Stadt – gerade für die, die unsere Unterstützung brauchen.“

Zur Wahrheit gehöre aber auch: „In den vergangenen Jahren ist das Thema soziale

Sicherheit ein zweischneidiges Schwert für uns in den Kommunen geworden. Wir alle wissen: Die Sozialausgaben wachsen uns über den Kopf. Bund und Länder setzen im Sozialrecht den Rahmen, viele Leistungen sind in den vergangenen Jahren hinzukommen – ausfinanziert für uns Kommunen waren sie nicht.“

Die Städte hätten deshalb einen sehr schweren Spagat vor sich, so Lewe: „Wir werden in den kommenden Jahren dafür sorgen müssen, dass wir soziale Sicherheit für die Menschen in unseren Städten erhalten – und die Städte gleichzeitig aus der finanziellen Überforderung auch durch Sozialleistungen herausholen. Die neue Bundesregierung hat eine Kommission zur Sozialstaatsreform angekündigt. Das ist gut. Aber lassen Sie mich dazu zwei Dinge sagen. Erstens: In dieser Kommission müssen die Kommunen die zentrale Rolle spielen. Ohne uns geht es nicht. Wir sind die, die für soziale Teilhabe vor Ort sorgen. Sicherlich müssen wir in Deutschland auch darauf schauen, welche Sozialleistungen sich bewährt haben und welche wir reformieren müssen. Als Ergebnis einer solchen Kommission darf bei den Menschen aber nicht das Signal ankommen: Es wird einfach nur gekürzt. Es muss das Signal ankommen: Wir machen es besser. Wir machen es effektiver. Wir machen es zielgenauer. Und wir sorgen trotzdem auch weiterhin dafür, dass keiner zurückbleibt. Das gibt Sicherheit.“

Natürlich spielte auch das Thema Kommunal Finanzen in der Rede des scheidenden Städtetagspräsidenten eine zentrale Rolle. Damit die Städte handlungsfähig sind, müssten die kommunalen Finanzen stimmen. „Das ist aber landauf landab nicht mehr der Fall. Im Gegenteil: 2024 hatten wir bundesweit ein Rekorddefizit von fast 25 Milliarden Euro. Das sind Schlagzeilen, die auch die Menschen bei uns in den Städten wahrnehmen. Und sie fragen sich: Was bedeutet das für die Kita meiner Kinder? Was für die Öffnungszeiten im Bürgerbüro? Und was für mein Lieblingstheater?“

Den Menschen Sicherheit zu geben heiße deshalb auch, so Lewe: „Sichere Kommunal Finanzen, mit denen wir unsere Städte nach vorne bringen können. Wir wollen nicht Tag für Tag überlegen, wo wir sparen. Wir wollen die Zukunft unserer Städte planen. Im Februar waren wir gemeinsam in der Bundespressekonferenz, Burkhard Jung, Katja Dörner und ich. Wir haben für den Deutschen Städtetag deutlich gemacht: „Die Finanzsituation der Städte ist dramatisch und wir brauchen dringend Veränderungen.“

„Wir wollen die Zukunft unserer Städte planen.“

Markus Lewe,
Präsident des Deutschen Städtetages und
Oberbürgermeister der Stadt Münster

Es brauche einen höheren Anteil der Städte an den Gemeinschaftssteuern. Und es dürfe von Bund und Ländern keine zusätzlichen Aufgaben mehr für die Städte geben, die nicht ausfinanziert sind. An die neue Bundesregierung und die Länder gerichtet sagte Lewe: „Es darf von Bund und Ländern keine Steuererleichterungen geben, die zu Einnahmeausfällen bei den Kommunen führen. Und wenn es sie doch gibt, müssen die Ausfälle 1 zu 1 ausgeglichen werden.“

„Lassen Sie uns alle dafür arbeiten. Lassen Sie uns gute Lösungen finden und uns austauschen. Lassen Sie uns zusammenhalten. In unseren Städten. Im Deutschen Städtetag“, schloss der scheidende Städtetagspräsident seine Rede. „Sicherheit geben. Vertrauen schaffen. Den Glauben an eine bessere Zukunft stärken. Für das Gemeinwohl. Zusammen sind wir Stadt.“

Foren zu kommunalen Fragen

Für die Städte wichtige Fragestellungen standen am 14. Mai über Mittag für eineinhalb Stunden auf dem Programm. In acht Foren ging es um Kommunalfinanzen, Frauenförderung, Gesundheitsversorgung, Digitale Stadtplanung, Klimawandel, Kultur und den Schutz vor Hass und Gewalt. Dazu trafen sich Praktikerinnen und Praktiker aus den Städten mit Fachleuten aus der Forschung. Mit Ralf Beste, dem Abteilungsleiter Kultur und Gesellschaft im Auswärtigen Amt, war zum Thema Städtepartnerschaften auch ein Vertreter des Bundes dabei.

Hier jeweils eine knappe Zusammenfassung. Detailliertere Informationen gibt es auf hv.staedtetag.de

Forum A: Wie gelingt kluge Konsolidierungspolitik in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation?

Städte stehen vor gravierenden finanziellen Herausforderungen. Strukturelle Schwächen und wirtschaftliche Stagnation setzen die bisherige Politikgestaltung unter Druck. Erfolgreiche Konsolidierung erfordert Einsicht in die Notwendigkeit, die Einbindung fachpolitischer Bereiche sowie klar priorisierte Ziele. Die Politik muss lernen, Umsteuerungen als Verbesserung statt als Einschnitt zu vermitteln.

„Kommunen sind auf Kosten des sozialen Zusammenhalts zum Sparen gezwungen. Konsolidierung und Priorisierung sind eine, können aber nicht die einzige Antwort auf strukturelle Schieflagen sein.“

Katja Dörner,
Bonner Oberbürgermeisterin
im Forum A

Forum B: Spitzenkräfte braucht die Stadt – Wie kommunale Unternehmen bei Frauenpunkten können

Der Frauenanteil in Führungspositionen kommunaler Unternehmen bleibt niedrig. Es bestehen erhebliche regionale Unterschiede. Ratsmitglieder als Entscheidungsträger haben eine Schlüsselrolle und können durch gezielte Maßnahmen und Best-Practice-Ansätze zu mehr Gleichstellung beitragen. Neben Kodizes braucht es proaktive Strategien zur Besetzung von Spitzenpositionen mit Frauen.

Forum C: Die kommunale Arztpraxis – Notwendigkeit oder Systemfehler?

Immer mehr Städte sehen sich gezwungen, die ambulante ärztliche Versorgung zu sichern, da Praxen keine Nachfolge finden. Strukturelle Lösungen sind notwendig, ebenso wie eine stärkere Zusammenarbeit mit Akteuren im Gesundheitswesen. Kommunen können in Ausnahmefällen Träger medizinischer Versorgungszentren sein, die Verantwortung muss jedoch bei den Kassenärztlichen Vereinigungen bleiben.

Forum D: Vom Konzept zur Realität – Die Kraft der Digitalen Zwillinge in der Stadtentwicklung

Urbane Digitale Zwillinge ermöglichen datenbasierte Szenarien für die Stadtplanung. Doch die Erwartungen müssen realistisch bleiben – vollständige Abbildungen der Stadt sind weder sinnvoll noch möglich. Entscheidend ist, dass die Technik sinnvolle Entscheidungsgrundlagen liefert. Voraussetzung für den Erfolg sind gute Daten, klare Ziele und Bürgerbeteiligung.

Forum E: Zukunft der Klimapolitik – Sind wir noch zu retten?

Trotz dramatischer Klimadaten verliert das Thema an politischer Aufmerksamkeit. Städte leisten durch ambitionierte Ziele viel für den Klimaschutz, stoßen jedoch



finanziell an Grenzen. Verlässliche Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene sind unerlässlich. Gleichzeitig müssen auch gesellschaftliche Fragen wie Gerechtigkeit und Beteiligung stärker in den Blick rücken.

Forum F: Zielscheibe Kommune – Gewalt gegen Kommunalpolitik und Verwaltung

Bedrohungen und Angriffe gegen kommunal Engagierte nehmen zu. Eine Gesamtstrategie mit Prävention, Rechtsrahmen und Bildungsarbeit ist notwendig. Dabei müssen auch neue Realitäten anerkannt werden – etwa, dass sich politisch Aktive nicht mehr frei bewegen können. Ziel ist der Schutz von Demokratie und kommunaler Selbstverwaltung vor Einschüchterung und Rückzug.

Forum G: Kultur als „vorpolitischer Raum“?

Kunst und Kultur spielen eine zentrale Rolle im demokratischen Diskurs, stehen

aber zunehmend unter Druck. Sie schaffen Räume der Auseinandersetzung, können jedoch auch polarisieren. Kommunale Kulturpolitik sollte helfen, diese Räume offen zu halten. Kunstfreiheit ist zu schützen, muss jedoch in Einklang mit dem Schutz vor Menschenfeindlichkeit gebracht werden.

Forum H: Städtisches Engagement in einer aufgewühlten Welt

Städte gewinnen als Akteure internationaler Zusammenarbeit an Bedeutung. Geopolitische Veränderungen stellen neue Anforderungen an Städtepartnerschaften. Der persönliche Austausch auf lokaler Ebene bleibt ein wichtiger Beitrag zur Völkerverständigung. Kommunale Außenpolitik muss strategisch weiterentwickelt und von nationaler Politik unterstützt werden.

Neue Städtetagspitze und Ehrenmitglied gewählt

Der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Burkhard Jung, ist von den Delegierten der Hauptversammlung in Hannover zum zweiten Mal zum Präsidenten des Deutschen Städtetages gewählt worden. Jung ist seit 2006 Oberbürgermeister der Stadt Leipzig. Er war bereits von Juni 2019 bis November 2021 Präsident des Deutschen Städtetages und im Anschluss daran Vizepräsident. Jung gehört dem Präsidium des Deutschen Städtetages seit 2007 an.

Erstmals als Vizepräsident gewählt wurde der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Saarbrücken, Uwe Conradt. Er steht seit 2019 an der Spitze der Stadt. Seitdem ist er auch Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages und seit 2020 Mitglied im Präsidium. Seit 2021 engagierte sich Conradt außerdem als Stellvertreter des Präsidenten im Deutschen Städtetag.

Erneut zur Vizepräsidentin gewählt wurde die Bonner Oberbürgermeisterin Katja Dörner. Sie steht seit 2020 an der Spitze der Bundesstadt Bonn und ist seitdem auch Mitglied im Präsidium.

Zum ersten Stellvertreter des Präsidenten wählten die Delegierten Oberbürgermeister Prof. Dr. Eckart Würzner, Heidelberg. Er hat das Amt seit 2021 inne, war seit 2019 einer der Stellvertreter und gehört seit 2006 dem Präsidium des Städtetages an. Als weitere Stellvertreterinnen und Stellvertreter wurden gewählt: Oberbürgermeisterin Eva Weber, Augsburg; Oberbürgermeister Belit Onay, Hannover; Oberbürgermeister Mike Josef, Frankfurt am Main; Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper, Stuttgart; Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen, Aachen; Oberbürgermeister Wolfram Leibe, Trier; Bürgermeister André Stahl, Bernau bei Berlin.

Neu in diesem Amt sind: Oberbürgermeister Wolfram Leibe, seit 2022 Mitglied im Präsidium; Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper, seit 2021 Mitglied im Präsidium; Oberbürgermeister Mike Josef, der seit 2023 dem Präsidium angehört, sowie Bürgermeister André Stahl, der seit 2021 Mitglied im Präsidium ist.





Schulrekord: Unsere Ganztags- betreuung mit Küche steht in wenigen Tagen

Cook & Chill heißt unsere Lösung für die Ganztagsbetreuung mit Küche. Module, die in wenigen Tagen einsatzbereit sind. Damit haben Schulen und Kommunen einen minimalen Planungsaufwand und in wenigen Tagen ein Angebot, das allen schmeckt. adapteo.de



Adapteo

Markus Lewe mit Ehrenmitgliedschaft gewürdigt

Der ehemalige Präsident des Deutschen Städtetages und langjährige Oberbürgermeister der Stadt Münster, Markus Lewe, wurde von den Delegierten der Hauptversammlung zum neuen Ehrenmitglied des kommunalen Spitzenverbandes gewählt und mit stehenden Ovationen gefeiert. Der frisch gewählte neue Präsident des Deutschen Städtetages, Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung, dankte Lewe für dessen stets optimistisches, respektvolles und vertrauensvolles Eintreten für die Sache der Städte.

„Markus Lewe hat kraftvoll und mit großer Wirkung die Stimme der Städte nach außen und innen gestärkt. Er hat mit Überzeugungskraft in bundesweiten Debatten

städtischen Zukunftsthemen eine Richtung gegeben“, sagte Jung. Er habe die Politik des Deutschen Städtetages ein Jahrzehnt maßgeblich mitgeprägt und sich auch auf internationaler und europäischer Ebene für eine starke Rolle der Städte und der Städtepartnerschaften im Sinne der Völkerverständigung eingesetzt, so Jung weiter. „Mit klarer Haltung und überparteilichem Blick für die Sache meldete er sich in herausfordernden Zeiten zu Wort: der Ausnahmezustand Corona, der die Städte über Jahre in Atem hielt, die Energiekrise durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, steigende Flüchtlingszahlen sowie die historisch einmalige kommunale Finanzkrise, die die Städte derzeit durchleben, setzten den Rahmen für sein Wirken an der Spitze des Deutschen Städtetages.“ Dabei habe er stets dafür gesorgt, „dass die Belange der Städte gehört werden.“

Rede des Ministerpräsidenten Stephan Weil

Prominentester Gast und Redner der Hauptversammlung am 15. Mai war der Niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil, zu diesem Zeitpunkt wenige Tage vor seinem Ausscheiden aus dem Amt. Nach einer herzlichen Begrüßung der kommunalen Familie verwies er auf die lange und enge Verbundenheit der Landeshauptstadt Hannover mit dem Deutschen Städtetag, die zu den Gründungsmitgliedern des Verbandes gehört und dort immer aktiv mitgearbeitet habe.

Mit Blick auf die aktuelle Lage in der Türkei und ausdrücklich würdigte Weil die Solidaritätsbekundungen der Delegierten vom Vortrag gegenüber dem inhaftierten türkischen Bürgermeister Ekrem İmamoğlu und gab sich überzeugt, „dass selbstbewusste, mutige, demokratische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für ein autoritäres System überall auf der Welt ein rotes Tuch sind.“ Je mehr liberale Demokratien weltweit unter Druck stünden, desto wichtiger sei die kommunale Solidarität mit demokratischen Kräften im Ausland.

Weil wies darauf hin, dass er den größten Teil seines politischen Lebens in der Kommunalpolitik verbracht habe, unter anderem als Stadtkämmerer unter Hannovers früherem Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, und reüssierte, dass viele der damaligen kommunalen Herausforderungen geblieben seien, vor allem das Ringen um „die Bewahrung der kommunalen Handlungsfähigkeit“. Das aktuelle 100-Milliarden-Programm des Bun-

des für Infrastruktur sei da zwar ein starkes Signal, aber – so Weil wörtlich – „wir werden miteinander feststellen: Natürlich ist auch das wieder nur eine Hilfe, aber es ist nicht das, was substanziell wirklich auf Dauer helfen wird. Wir werden miteinander feststellen, dass dieser riesengroße Betrag schneller weg ist, als der Schnee in der Sonne.“

Der Ministerpräsident gab sich überzeugt: „Wenn wir unserer Gesellschaft Gutes tun wollen, aber auch den öffentlichen Kassen und allzumal den kommunalen Kassen, müssen wir uns jetzt enorm anstrengen, dass die deutsche Wirtschaft wieder in den Vorwärtsgang kommt.“ Dafür brauche es Investitionsanreize, den Abbau von Überregulierung und die Vereinfachung staatlicher Verfahren. Der Ministerpräsident wies darauf hin, dass Deutschland zu kompliziert sei und führte aus: „Weil wir zu kompliziert sind, dauert es zu lange. Und weil es zu lange dauert, wird es teurer, als es sein müsste.“ Um daran grundlegend etwas zu verbessern, müsse es eine „große gemeinsame Initiative“ aller Ebenen zur Staatsmodernisierung geben. Zudem sollte die Digitalisierung mit der Reform von Abläufen einhergehen und: Das Konnexitätsprinzip müsse auch für den Bund gelten: „Wer bestellt, der soll zahlen“, so Weil wörtlich.

Zum Ende seiner Rede lenkte der Ministerpräsident den Fokus auf die Zukunft der Demokratie und warnte vor einer Erosion des Vertrauens. Eine funktionierende kommunale Ebene, führte er aus, sei essenziell für das Vertrauen der Menschen in den Staat insgesamt. Deshalb käme den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern hier eine zentrale Rolle zu, auch wenn die Erwartungen wüchsen und der Ton rauer werde. Stadtspitzen seien heute nicht nur Verwaltungschefs, sondern auch Symbolfiguren für unsere Demokratie. Deshalb verdiene ihr Engagement höchste Anerkennung. Entsprechend schloss er mit einem herzlichen Dank an die Anwesenden für die Arbeit vor Ort und mit dem Appell, gemeinsam an einem starken demokratischen Gemeinwesen zu arbeiten.



© Zentrum Zivilcourage



© Patrice Kunté



© v.l.: Clemens Heidrich / HMTG, Rosi Radecke



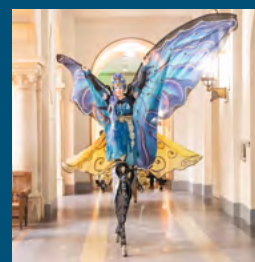
© Deutsche Bahn AG



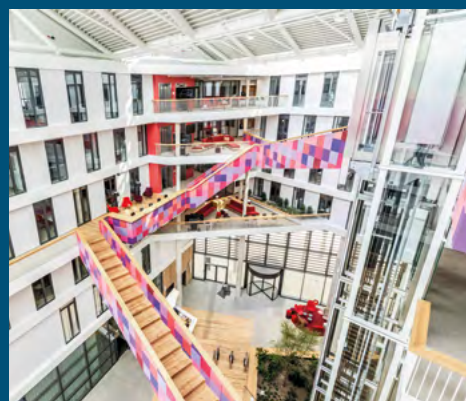
Exkursionen in der Landeshauptstadt Hannover

16 Exkursionen im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Hannover und an besondere Orte standen am Mittwochnachmittag, den 14. Mai, für die Delegierten der Hauptversammlung auf dem Programm. Neben Museumsrundgängen im Sprengel-Museum und Führungen durch Neubaugebiete und zu Kulturprojekten oder durch den Berggarten, einen der ältesten und renommiertesten botanischen Gärten Deutschlands, gab es auch seltene Einblicke etwa in die Firmenzentralen von Energie- und Logistikunternehmen oder in das Stadion von Hannover 96.

© Sprengel Museum Hann., Herling, Herling und Werner



© Lars Gerhardt

© ober v.l.: Udo Lang / Arvato SE
© enercity AG, Franz Bischof

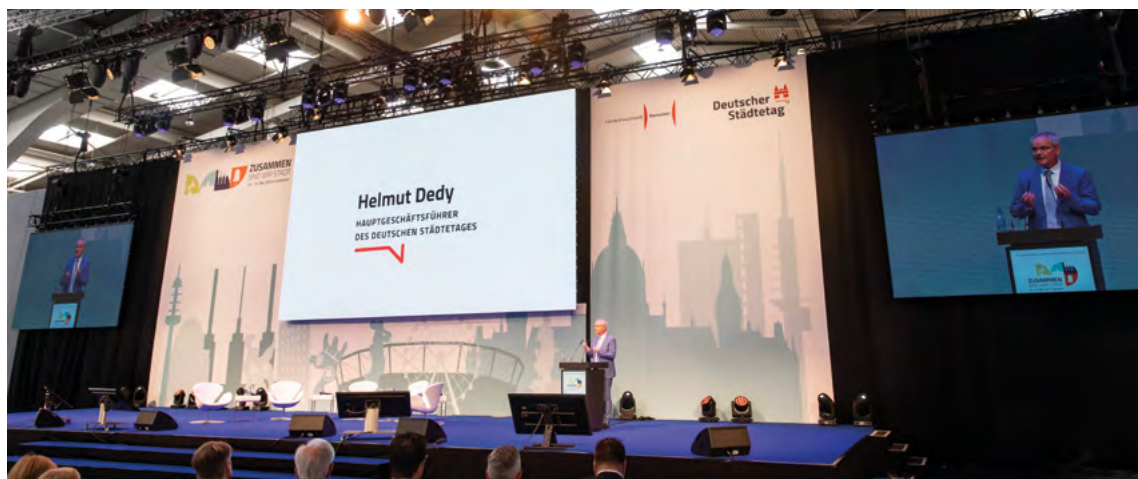
Der Kompromiss als Betriebssystem der Demokratie

Was macht Demokratie aus? Das war die zentrale Frage, die Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, in seiner Rede bei der Hauptversammlung in Hannover in den Blick nahm. Die Antwort: vor allem der Kompromiss. „Heute ist Demokratie für viele Menschen einfach da, sie ist selbstverständlich. In der Verfassung stehen viele Freiheitsrechte und wenige Pflichten. Selbstverständlich ist das nicht. Demokratie ist zerbrechlich, Demokratie ist Verpflichtung. Das sollten wir uns immer wieder klarmachen“, so Dedy.

„Demokratie ist immer unfertig, Demokratie ist im Fluss, sie braucht Entwicklung. Und noch eine Eigenschaft hat die Demokratie – sie ist verdammt anstrengend. Und Ihr alle hier im Raum wisst das nur zu gut“, so der Hauptgeschäftsführer. „Debatte oder Dialog brauchen einen Rahmen. Offenheit, also zuhören können und wollen. Einlassen auf andere Blicke. Und ganz wichtig – es braucht die Bereitschaft zum Kompromiss. Kompromisse sind wertvoll“, sagte Dedy. „Gute, faire Kompromisse finden wir doch an jeder Ecke. Ich gebe, damit Du gibst. Das ist der Kompromiss – er ist das Betriebssystem der Demokratie, ohne Kompromiss geht es nur autoritär. Und das wollen wir nicht. Kompromisse

basieren auf dem Respekt vor dem Gegenüber. Und im Idealfall gibt es in der Demokratie sogar ein Grundvertrauen. Vielleicht in der Stadt das Vertrauen darauf, dass alle im Gemeinderat der Stadt Bestes suchen. Also das Grundvertrauen, dass sich die Debatte zwischen politischen Gegnern abspielt, nicht zwischen verfeindeten Gruppen.“

Dedy warf auch einen Blick darauf, was das für die politische Landschaft in Deutschland und für die Städte bedeutet: „Menschen, die sich populistischen Strömungen zuwenden, sie wählen, muss unser Augenmerk gelten. Wir wollen sie zurückgewinnen. Ich bin sehr dafür, alles zu versuchen, um diese Menschen für die Möglichkeiten der Demokratie zurückzugewinnen. Alles dafür zu tun ihnen zu zeigen, dass sich die Zeit und die Anstrengung und die Kompromisse lohnen. Weil es am Ende nämlich gelingt, gemeinsam etwas zu verändern, Dinge auf den Weg zu bringen. Wirkmächtigkeit ist das Stichwort. Ich kann etwas verändern. Oder ich sehe bei Freunden oder Nachbarn, dass sie etwas ändern können. Und dafür haben wir in den Städten die besten Voraussetzungen. Die Themen vor Ort, das Lokale – das ist der Raum für Demokratie, denn hier lassen sich Dinge beeinflussen.“



- Webinareihe -
Air Quality Forum 2025

Die neue europäische Leitlinie zur Luftqualität und ihre Auswirkungen

Jetzt Wissen sichern – kostenfrei und praxisnah.

Führende Expertinnen und Experten aus EU-Kommission, Wissenschaft und Umweltorganisationen geben Einblicke in zentrale Aspekte der neuen Richtlinie zur Luftqualität. Erfahren Sie, was konkret auf Städte und Kommunen zukommt – und wie Sie rechtzeitig handeln können.

Mehr Informationen:



[https://count.palas.de/airqualityforum/
air-quality-forum-webinars/](https://count.palas.de/airqualityforum/air-quality-forum-webinars/)



Künstliche Intelligenz: Städte präsentieren innovative Projekte

Am 14. Mai präsentierten zehn Städte bei der Hauptversammlung ihre innovativen Projekte während der Mittagspause der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Hannover. Unter dem Titel „Kommunale KI zum Anfassen“ bot ein „Markt der Möglichkeiten“ Delegierten und Gästen Raum für den Austausch über die Best-Practice-Beispiele und über neue Anwendungsideen.

Zu sehen waren Hannover mit einem Assistenzsystem für den Wohngeldprozess, Leipzig mit Stockwerkserkennung aus Befahrungsdaten, Konstanz mit einer prädiktiven KI-Ampelschaltung, Bochum mit

automatisiertem Auslesen und Abgleichen, München mit einer KI-Suche auf dem städtischen Online-Portal, Hamburg mit dem Textassistenten LLMoin, Köln mit einer zentralisierten KI-Plattform, Mannheim mit einem Echtzeit-Mikroklimamodell, Mönchengladbach mit Pulkdetektion an Ampeln für Schulkinder und Osnabrück mit einer KI-gestützten Verkehrsflussanalyse.

Die Präsentationen zeigten, dass KI einen immer bedeutenderen Beitrag zur Lösung kommunaler Herausforderungen leisten kann.

➔ www.staedtetag.de/ki-projekte



Hannoversche Erklärung verabschiedet

Mit überwältigender Mehrheit verabschiedeten die Delegierten der Hauptversammlung am 15. Mai eine „Hannoversche Erklärung“. Im Namen der Städte fordern sie darin einen politischen Aufbruch, um das Leben der Menschen in den Städten besser zu machen. In der „Hannoverschen Erklärung“ wird zudem ein ganzes Bündel wesentlicher Positionen skizziert. Die neue Städtetagsspitze stellte diese am Mittag auf einer Abschluss-Presskonferenz vor.

Praxisnähere Gesetze

Der neu gewählte Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig, sagte dort: „Der Zukunftspakt der Bundesregierung muss bereits in den nächsten Monaten konkretisiert werden. Jedes neue Gesetz muss gemeinsam mit den Städten darauf überprüft werden, wie es sich vor Ort umsetzen lässt. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sehen, dass der Staat funktioniert, das schafft Vertrauen.“ Der

Deutsche Städtetag fordert außerdem, dass die digitale Umsetzung von Gesetzen von Anfang an mitgedacht wird. „Wir brauchen einfache und automatisierbare Verfahren. Das müssen die Gesetzgeber in Bund und Ländern mitdenken. Rein formale Aufgaben ohne kommunalen Gestaltungsspielraum wie die Kfz-Zulassung oder der Antrag auf Elterngeld oder ein Führungszeugnis sollten zentral und digital durch Bund oder Länder erbracht werden. So können sich die Städte auf das konzentrieren, was sie am besten können: Politik für die Menschen vor Ort zu gestalten“, so Jung.

Integration muss besser gelingen

„Wir müssen Migration differenziert betrachten: Migration braucht Regeln, Integration braucht Unterstützung – und beides gemeinsam schafft die Grundlage für ein gutes, friedliches und starkes Zusammenleben in den Städten“, sagte Burkhard Jung. Vor allem die Integration in den Arbeitsmarkt

muss deutlich einfacher werden. „Wir brauchen eine schnellere Anerkennung von Ausbildungs- und Berufsabschlüssen. Die von der neuen Bundesregierung angekündigte Agentur für Fachkräfteeinwanderung und eine Berufsanerkennung innerhalb von acht Wochen sind gute Schritte“, so Jung. Damit Integration gelingt, braucht es aber auch verlässliche Strukturen, ausreichend Ressourcen und klare Zuständigkeiten. „Mit unserer Integrationsarbeit in den Städten sorgen wir dafür, dass Menschen aktiv zum Zusammenhalt der Stadtgesellschaft beitragen. Aber die Herausforderungen sind groß: Die soziale Infrastruktur ist durch die Unterbringung und Integration von Geflüchteten in den vergangenen Jahren vielerorts an ihre Grenzen gelangt. Deshalb brauchen wir eine Migrationspolitik von Bund und Ländern, die kommunale Bedarfe ernst nimmt und dauerhaft finanziell absichert“, sagte Jung.

Gesundheitsversorgung in den Städten sichern

Der neu gewählte Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Uwe Conradt aus Saarbrücken, lenkte den Blick auf ein Thema, das bisher noch zu wenig Beachtung findet: „Lebenswerte Städte brauchen eine gute Gesundheitsversorgung. Während das Praxissterben im ländlichen Raum seit Jahren in der öffentlichen Diskussion ist, stehen die Städte damit selten im Fokus. Doch auch in den Ballungsräumen gibt es zunehmende Ungleichheit in der ärztlichen Versorgung. Insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen erhalten immer mehr Menschen nur schwer Zugang zur Gesundheitsversorgung, weil sich dort keine Praxen mehr ansiedeln.“ Deshalb engagieren sich die Städte inzwischen bereits oft über ihre gesetzlichen Verpflichtungen hinaus in der Gesundheitsversorgung – bis hin zur Einrichtung kommunaler Arztpraxen. „Wir wollen eine gute Gesundheitsversorgung für alle Menschen in unseren Städten. Aber wir können angesichts unserer angespannten Finanzlage nicht auch noch flächendeckend den Ausfallbürgern im Gesundheitsbereich spielen. Die Kassenärztlichen Vereinigungen sollten ihre Bedarfspläne für die Verteilung von Praxen anpassen, sodass eine gute Ver-

sorgung im gesamten Stadtgebiet gegeben ist“, forderte Conradt.

Positiv sieht der Deutsche Städtetag die geplanten Anpassungen an der Krankenhausreform durch die neue Bundesregierung. „Die Krankenhausreform des Bundes muss fortentwickelt, die Finanzierungslücke der Krankenhäuser schnell geschlossen werden“, so Conradt. „Es braucht jetzt eine schnelle Finanzspritze, um ein Kliniksterben zu verhindern, bis die Krankenhausreform wirkt.“

Mehr Respekt für kommunales Engagement

Die wiedergewählte Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Katja Dörner aus Bonn, erklärte: „In unseren Städten engagieren sich Tag für Tag Menschen für das Gemeinwohl – im Ehrenamt, aber auch im Hauptamt. Ob Einsatzkräfte, Beschäftigte in der Verwaltung oder kommunale Amts- und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger: Sie alle verdienen unsere Anerkennung und unseren Respekt. Doch viele von ihnen sind mehr und mehr Anfeindungen, sogar Bedrohungen oder gar tätlichen Angriffen ausgesetzt. Dem müssen wir entschlossen entgegenreten. Solche Angriffe sind immer auch Angriffe auf unsere Demokratie. Deshalb ist es ein wichtiges Signal, dass die Bundesregierung die bundesweite Ansprechstelle zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger fortführen will.“

Die Ansprechstelle „Starke Stelle“ ist in das Informationsportal „Stark im Amt“ integriert. Sie richtet sich an haupt- und ehrenamtliche Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger in der Kommunalpolitik. Betroffene können sich kostenfrei melden und werden persönlich beraten.

➔ www.stark-im-amt.de



© Julian Beekmann

Zum Ersten Stellvertreter des Präsidenten wurde Oberbürgermeister **Prof. Dr. Eckart Würzner** (parteilos), Heidelberg, von den Delegierten der Hauptversammlung wiedergewählt. Er hat das Amt seit 2021 inne, war seit 2019 einer der Stellvertreter und gehört seit 2006 dem Präsidium des Städtetages an.

Als weitere Stellvertreterinnen und Stellvertreter wurden gewählt:



© Stadt Augsburg, Ruth Plössel

Die Oberbürgermeisterin von Augsburg, **Eva Weber** (CSU), steht seit 2020 an der Stadtspitze und engagiert sich seitdem auch im Präsidium des Deutschen Städtetages.



© Landeshauptstadt Hannover

Oberbürgermeister **Belit Onay** (Bündnis 90/Die Grünen) ist seit 2019 an der Spitze der Landeshauptstadt Hannover und seit 2020 Mitglied des Präsidiums des Deutschen Städtetages.



© Stadt Frankfurt am Main, Salome Rössler

Oberbürgermeister **Mike Josef** (SPD) leitet seit 2023 die Geschicke der Stadt Frankfurt am Main. Er engagiert sich seit 2023 im Präsidium des Deutschen Städtetages und ist erstmalig einer der Stellvertreter des Präsidenten.



Oberbürgermeister **Dr. Frank Nopper** steht seit 2021 an der Stadtspitze der Landeshauptstadt Stuttgart. Der Christdemokrat ist seit 2021 Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetages und wurde neu in das Amt eines Stellvertreters des Präsidenten gewählt.



© Stadt Aachen, Carl Bruhn

Oberbürgermeisterin **Sibylle Keupen** (Bündnis 90/Die Grünen) leitet seit 2020 die Geschicke der Stadt Aachen und engagiert sich seit 2021 im Präsidium des Deutschen Städtetages. Sie wurde als Stellvertreterin des Präsidenten wiedergewählt.



Oberbürgermeister **Wolfram Leibe** (SPD), Stadt Trier, hat das Amt des Oberbürgermeisters seit 2015 inne und ist seit 2022 Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetages. Das Amt als Stellvertreter des Präsidenten ist eine neue Aufgabe für ihn beim Deutschen Städtetag.



© Stadt Bernau bei Berlin

André Stahl (Die Linke), Bürgermeister der Stadt Bernau bei Berlin, leitet die Geschicke der Stadt bereits seit 2014 und engagiert sich seit 2021 im Präsidium des Deutschen Städtetages. Auch er ist zum ersten Mal in das Amt des Stellvertreters des Präsidenten gewählt worden.

Verabschiedung aus dem Präsidium:



© Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg, Jakob Reglin

Der Oberbürgermeister von Neubrandenburg, **Silvio Witt** (parteilos), wurde während der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Hannover, am Abend des 12. Mai feierlich durch den Städtetagspräsidenten Markus Lewe aus dem Präsidium verabschiedet. In seiner Rede lobte Lewe sein tatkräftiges Engagement für „Respekt, Toleranz und Solidarität“ sowie seinen unermüdlichen Einsatz für Vielfalt in der Stadtgesellschaft. Silvio Witt stand seit 2015 an der Spitze der Stadt Neubrandenburg und war seit 2019 Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetages.

Weitere personelle Entscheidungen während der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages:



© Thomas Geiger

Der Erste Bürgermeister **Robert Ilg** (parteilos), Stadt Hersbruck, wurde vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages ins Präsidium gewählt. Die Stadt Hersbruck ist seit 1. April 2025 Mitglied im Deutschen Städtetag.



© Deutscher Städtetag, Frank Nürnberger

Dr. Uda Bastians-Osthaus, Beigeordnete für Recht und Verwaltung des Deutschen Städtetages sowie des Städtetages Nordrhein-Westfalen, wurde vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages für weitere acht Jahre wiedergewählt. Sie ist bereits seit 2018 Beigeordnete und war zuvor als Referentin im Dezernat für Arbeit, Jugend, Gesundheit und Soziales im Deutschen Städtetag und Städtetag Nordrhein-Westfalen tätig.

Neu im Amt



© Pressefoto/Privat

Sindelfingen: Markus Kleemann wurde zum neuen Oberbürgermeister von Sindelfingen gewählt. Der Christdemokrat tritt sein Amt am 1. August an. Er folgt auf Dr. Bernd Vöhringer (CDU), der nach 24 Jahren nicht mehr zur Wahl antrat. Vöhringer engagiert sich seit 2002 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



© Joke Reiche

Neubrandenburg: Zum neuen Oberbürgermeister von Neubrandenburg wurde **Nico Klose** (parteilos) gewählt. Er tritt sein Amt voraussichtlich Mitte Juni an. Er folgt auf Silvio Witt (parteilos), der sein Amt zum 1. Juni, nach 10 Jahren an der Spitze der Stadt, niedergelegt hat.

Wiederwahl



© Angelika Aschenbach

Oberbürgermeister **Gert-Uwe Mende** aus **Wiesbaden** wurde in seinem Amt bestätigt. Der Sozialdemokrat steht seit 2019 an der Spitze der Stadt. Mende ist seit März 2024 Präsident des Hessischen Städtetages.



© PR / Kommunikationsabteilung

Peter Boch, Oberbürgermeister der Stadt **Pforzheim**, wurde wiedergewählt. Der Christdemokrat leitet seit 2017 die Geschicke der Stadt Pforzheim.



© Hostrup-Fotografie

Der Oberbürgermeister von **Schwäbisch-Gmünd**, **Richard Arnold**, wurde ebenfalls in seinem Amt bestätigt. Der Christdemokrat steht bereits seit 2009 an der Spitze der Stadt.



Oberbürgermeister **Wolfram Leibe** (SPD), Stadt Trier, feiert am 12. Juni seinen 65. Geburtstag. Der Sozialdemokrat leitet seit 2015 die Geschicke der Stadt und ist seit 2022 Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetages. Zudem ist er seit Mai Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages.



© Stadt Erkner, Stefan Günther

Henryk Pilz, Bürgermeister der Stadt Erkner, wird am 28. Juni 60 Jahre alt. Der Christdemokrat leitet seit 2018 die Geschicke der Stadt Erkner.

Geburtstage



© Bremer Senatspressstelle, Tristan Vankean

Dr. Andreas Bovenschulte, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, feiert am 11. August seinen 60. Geburtstag. Der Sozialdemokrat steht seit 2019 an der Spitze von Bremen und engagiert sich seitdem auch im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



© Bildokumentation Stadt Regensburg

Die Oberbürgermeisterin von Regensburg, **Gertrud Maltz-Schwarzfischer**, begeht am 22. August ihren 65. Ehrentag. Die Sozialdemokratin steht seit 2020 an der Stadtspitze und engagiert sich seit 2022 im Präsidium und bereits seit 2020 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Oberbürgermeister **Erik O. Schulz** (parteilos), Stadt Hagen, feiert ebenfalls am 11. August seinen 60. Geburtstag. Er steht bereits seit 2014 an der Spitze der Stadt Hagen.



Zukunft. Machen.

Agenda für eine neue Dynamik.

Deutschland kann mehr – mehr als in den letzten Jahren deutlich geworden ist. Dazu muss unser Land endlich vom „Reden“ ins „Machen“ kommen. Von einem Aufschwung müssen alle Menschen in Deutschland profitieren. Wir in der Sparkassen-Finanzgruppe verstehen uns dabei als „Möglichmacher“. Wir haben Vorschläge, was verändert werden muss, um gemeinsam eine neue Dynamik zu entfachen.



Erfahren Sie mehr über
unsere Vorschläge unter
www.dsgv.de/zukunftmachen



Weil's um mehr als Geld geht.

Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn
Leiter Abteilung Kommunikation und
Medien

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de